Autonom leben zählt mehr, als abhängig zu sein

Autor(en): **Farago, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **102 (2005)**

Heft 4

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-840687

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Wie Haushalte mit wenig Geld zurechtkommen

Autonom leben zählt mehr, als abhängig zu sein

Die einen beziehen Sozialleistungen, die andern nicht – selbst wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. Ausschlaggebend dafür sind das subjektive Wohlbefinden und der Drang nach Autonomie.

Zahlreiche Personen und Familien, die in prekären finanziellen Verhältnissen leben, verzichten auf Sozialleistungen. Im internationalen Vergleich gehört die Schweiz zu den Ländern mit einer überdurchschnittlich hohen Nichtbezugsquote. Eine unter dem Titel «Prekäre Lebenslagen» neulich publizierte Studie beschäftigt sich vertieft mit der Frage, weshalb das so ist. Dabei knüpft sie an die Schweizer Armutsdebatte der letzten Jahre an. Der Begriff der Prekarisierung bezieht sich auf eine Zwischenzone, die die «gesicherte Wohlstandslage» von der eigentlichen «Armutslage» trennt.

Ziel der Studie war, diese Nahzone der Armut genauer zu untersuchen. Im Zentrum stand die persönliche Sicht der Betroffenen, das heisst die subjektive Einschätzung und Bewertung ihrer Ressourcen- und Lebenssituation sowie der Problemlagen, Bewältigungsstrategien und Unterstützungsformen.

Einkommen allein ist nicht ausschlaggebend

Die Untersuchungsergebnisse basieren auf den Antworten von 2791 Befragten aus den Kantonen Bern und St. Gallen, die zu einem grossen Teil mit prekären finanziellen Verhältnissen konfrontiert sind. Bei der Berechnung des verfügbaren Haushalteinkommens wurden nicht nur die Einnahmen, sondern auch die wichtigsten Ausgabenposten wie Miete, Krankenkassenprämien, Steuern, Schuldzinsen, Leasingzahlungen etc. berücksichtigt (so genannte Zwangsausgaben). Das Risiko und das Ausmass der Prekarisierung von Haushalten bestimmen sich demnach durch den Saldo von Einnahmen und Ausgaben und nicht nach der Höhe des Einkommens allein.

Betrachtet man die von den Befragten genannten Gründe, weshalb sie keine bedarfsabhängigen Unterstützungsleistungen beziehen, stechen zwei Motive hervor: Erstens die Genügsamkeit im Sinne der Anpassung der Bedürfnisse an die verfügbaren Ressourcen. Dazu zählen Aussagen wie etwa «kein Bedarf», «habe Unterstützung nicht nötig». Zweitens die vermeintlich fehlende Berechtigung, weil die Betroffenen annehmen, dass ihr Einkommen oder ihr Vermögen zu gross seien, um eine finanzielle Unterstützung beziehen zu können. Seltener genannt wurden fehlende Kenntnisse über das Angebot der Leistungen beziehungsweise das konkrete Vorgehen. Dazu kommen Schamgefühle, Stolz, Angst vor Stigmatisierung oder bürokratische Hemmnisse. Bedeutsam ist, dass sich die Hierarchie der Gründe zwischen den verschiedenen Leistungszweigen unterscheidet. So dominiert bei den Ergänzungsleistungen (AHV/IV-Bezügerinnen und -Bezüger) das Motiv der fehlenden Berechtigung, während es bei der Sozialhilfe der fehlende Bedarf ist. Dieses Muster ist erklärungsbedürftig, da im Allgemeinen davon ausgegangen wird, dass Genügsamkeit und das «sich arrangieren» eher für ältere Menschen charakteristisch sind, also für die potenziellen Bezüger von Ergänzungsleistungen. Es ist deshalb zu vermuten, dass sich hinter dem (positiv besetzten) Motiv der Genügsamkeit bei der Sozialhilfe auch andere Gründe verbergen dürften (zum Beispiel Angst vor Stigmatisierung).

Sie kommen subjektiv besser zurecht

Untersucht man die Frage nach der Ressourcensituation und den Lebenslagen von unterstützten und nicht unterstützten Haushalten sowie deren soziodemografisches Profil, so zeigen sich insgesamt nur geringe Unterschiede. Weitaus bedeutender als struktu-

relle Merkmale sind subjektive Faktoren. So zeichnen sich Nichtbezügerhaushalte vor allem durch ihre grössere Zufriedenheit mit ihrer gegenwärtigen finanziellen Situation und ihrem momentanen Erwerbseinkommen aus. Auch kommen sie besser zurecht mit dem Einkommen des Haushaltes, das sie zur Verfügung haben. Interessanterweise ist aber die Zufriedenheit in anderen Bereichen – zum Beispiel bei den Arbeitsbedingungen oder mit den Arbeitskollegen – nicht grösser. Mit anderen Worten: Es handelt sich nicht um Personen, die generell zufriedener sind, sondern um solche, die mit ihrer konkreten Ressourcensituation subjektiv besser zurechtkommen.

Autonomie zählt mehr

Die Resultate der Studie deuten darauf hin, dass bei der Problematik des Nichtbezugs bedarfsabhängiger Sozialleistungen subjektive Faktoren einen grösseren Einfluss haben als bislang angenommen. Damit verbunden sind auch Implikationen für die sozialpolitische Praxis. So dürfte vor dem Hintergrund der Ergebnisse die häufig gemachte Empfehlung wenig erfolgreich sein, die Informationspraxis zu verbessern (Motiv: Unkenntnis der Instrumente und des Verfahrens) und explizit auf die Rechtmässigkeit des Bezugs hinzuweisen (Motiv: Stolz, Scham, bürokratische Hürden). Der Sachverhalt, dass das Gefühl des «Auskommens mit dem Einkommen» der wichtigste Unterschied ist zwischen unterstützten und nicht unterstützten Haushalten, macht klar: Der Fähigkeit, das Leben autonom führen zu können und die finanzielle Situation «im Griff» zu haben, kommt grosse Bedeutung zu. Sozialpolitische Interventionen sollten dieses Autonomiestreben und das Gefühl der Selbstbestimmung der Betroffenen unterstützen.

Peter Farago

Shoppen als Privileg der Wohlhabenden? Wer in prekären finanziellen Verhältnissen lebt, muss auf vieles verzichten, ist aber nicht grundsätzlich unzufrieden. Bild: Aura

Farago, P. / Suter, C. (2005): «Prekäre Lebenslagen. Subjektive Bewertungen und Handlungsstrategien in Haushalten mit knappen finanziellen Ressourcen.» Forschungsbericht Nr. 2/05. Bern: Bundesamt für Sozialversicherung.

ZUR PERSON

Dr. Peter Farago ist Sozialwissenschaftler und Teilhaber bei Landert Farago Partner in Zürich. Er hat die Studie zusammen mit Prof. Christian Suter (Université de Neuchâtel) durchgeführt. Die Finanzierung erfolgte durch das Bundesamt für Sozialversicherung BSV.